



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 21.04.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:31 Uhr bis 18:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertretung für Herrn Dr. Lochmann
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger, Vertretung für Herrn Friedemann Raabe
Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
André Bartel	Controller GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Mandy Krüger	Controllerin GB III
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Yves Stephan	Controller GB IV
Aurel Siegel	Fachbereichsleiter Sport
Lisa Leluk	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Raue**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue machte auf folgende Änderung der Tagesordnung aufmerksam:

TOP 6.1

Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026

(Vorlagen-Nummer: VIII/2026/02213)

Vorlage: VIII/2026/02538

➔ **Hierzu liegt ein ÄA der SPD-Fraktion unter TOP 6.1.1 vor.**

Herr Eigendorf bat im Namen seiner Fraktion um Vertagung des Antrages unter TOP 7.2.

Herr Raue bat im Namen seiner Fraktion um Vertagung des Antrages unter TOP 7.1.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02521
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026
(Vorlagen-Nummer: VIII/2026/02213)
Vorlage: VIII/2026/02538

- 6.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02605
- 6.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2025
Vorlage: VIII/2026/02466
- 6.3. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 ff. im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung – Fördermittel für Breitbandausbau im Halleschen Osten – Projektförderung durch Landesmittel (Bescheide vom 11.02.2026 / 03.12.2025)
Vorlage: VIII/2026/02476
- 6.4. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Finanzen – IT & Digitale Verwaltung – Weiterleitung der Fördermittel vom Land an die Abteilung IT & Digitale Verwaltung zur Umsetzung der „Etablierung eines einheitlichen Projektmanagements für Digitalisierungsprojekte“ – Projektförderung durch Landesmittel Bescheid vom 02.01.2026
Vorlage: VIII/2026/02396
- 6.5. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Bildung – Betrieb von Kindertageseinrichtungen Umsetzung §12e KiFöG Bildungspauschale
Vorlage: VIII/2026/02504
- 6.6. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Bildung – Betrieb von Kindertageseinrichtungen Umsetzung §12d KiFöG Demografiepauschale
Vorlage: VIII/2026/02505
- 6.7. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Soziales – Umsetzung der Organisationsverfügung Nr. 07/2025 Umorganisation des Frauenschutzhauses
Vorlage: VIII/2026/02516
- 6.8. Ermächtigung zur Darlehensaufnahme
Vorlage: VIII/2026/02454
- 6.9. Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02386
- 6.10. Vierte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01232

- 6.11. Kommunaler Wärmeplan der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02203
- 6.12. Beschluss zur Verlängerung des Namensrechte- und Sponsoringvertrags sowie zur Kapazitätserweiterung und zum Einbau eines modernen Sportbodens in der SWH.arena
Vorlage: VIII/2025/02070
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017
Vorlage: VIII/2025/02052 **VERTAGT**
 - 7.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union (KITU)
Vorlage: VIII/2026/02265 **VERTAGT**
- 8. Mitteilungen
 - 8.1. Controllingbericht mit Stand 31.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02604
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anregungen
- 11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026
- 12. Beschlussvorlagen
 - 12.1. Neuabschluss des Gestattungsvertrages über die Fernwärmeversorgung mit der EVH GmbH
Vorlage: VIII/2026/02473
 - 12.2. Beschluss zur Verlängerung des Pachtvertrags über die Nutzung der SWH.arena
Vorlage: VIII/2026/02313
- 13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen
 - 14.1. Information und Vorlage des 4./25 Beteiligungs-Reportes über städtische Beteiligungen
Vorlage: VIII/2026/02478
 - 14.2. Monatlicher Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten - März 2026
Vorlage: VIII/2026/02585
- 15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Vergabe der Verfügungsfonds für Schulen zur Sanierung von Schultoiletten

Fragesteller 1 verwies auf die langjährigen Probleme an der Grundschule am Ludwigsfeld und erkundigte sich nach den Priorisierungskriterien für die Mittel aus dem Sondervermögen zur Sanierung von Schultoiletten. Zudem fragte Fragesteller 1, ob die Schulen hierfür eigenständige Anträge stellen müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt begrüßte die Maßnahmen zur Ertüchtigung der Schultoiletten und verwies auf anstehende Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe für die Schulsanierung in den kommenden Jahren.

Frau Dr. Marquardt erläuterte, dass es sich bei der Toilettensanierung um Gebäudeunterhaltung handelt. Die Verwaltung verfügt über Kenntnisse zum Zustand der Schulen, weshalb keine gesonderten Anträge der Schulen erforderlich sind. Die Priorisierung erfolge intern, wobei die Situation an der Grundschule am Ludwigsfeld bekannt ist.

Fragesteller 1 bat um Auskunft zur Transparenz des Verfahrens und wie Schulen über ihre Berücksichtigung informiert werden.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die betroffenen Schulen direkt informiert werden, um die konkrete Umsetzung und die zeitlichen Abläufe mit den Schulleitungen abzustimmen.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Fragesteller 2 thematisierte das erwartete Haushaltsdefizit von 158 Millionen Euro für das Jahr 2025. Fragesteller 2 hinterfragte die Entscheidung, einen ursprünglich geplanten Prüfungspunkt zur Entnahme von bis zu 13 Millionen Euro aus städtischen Beteiligungen wie den Stadtwerken oder Wohnungsgesellschaften aus dem Haushaltsentwurf zu streichen. Vor dem Hintergrund erheblicher Sponsoring- und Spendenleistungen dieser Unternehmen erkundigte sich Fragesteller 2 bei dem Oberbürgermeister nach einer möglichen Änderung der Entnahmepolitik.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt lehnte eine Änderung der Strategie entschieden ab. Er betonte, dass die Stadtwerke bereits erhebliche Beträge zur Haushaltskonsolidierung beisteuern. Das Defizit ist strukturell durch Bundes- und Landesgesetzgebung bedingt und darf nicht zulasten der Sport- und Kulturlandschaft gehen, welche maßgeblich durch das Sponsoring der Beteiligungsgesellschaften getragen wird. Er bezeichnete den Vorstoß als gefährlich für die Lebensqualität der Stadt.

Fragesteller 2 wies die Unterstellung, dass er gefährliche Vorschläge macht, zurück. Fragesteller 2 kritisierte, dass die Verwaltung zwar die Grundsteuern erhöhen will, aber eigene Potenziale bei den Beteiligungen nicht voll ausschöpft. Zudem bemängelte Fragesteller 2 eine fehlende Transparenz bei der GWG im Vergleich zu den Stadtwerken und der HWG bezüglich der Sponsoring-Ausgaben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt nahm die Schärfe seiner vorangegangenen Reaktion zurück und verwies für inhaltliche Details zur GWG an deren Aufsichtsrat.

Herr Dr. Meerheim erklärte in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der GWG, dass sämtliche sozialen Tätigkeiten, Spenden und Sponsoring-Maßnahmen regelmäßig Gegenstand der Aufsichtsratssitzungen sind. Er zeigte sich verwundert über die Kritik, da diese Informationen in entsprechenden Berichten öffentlich zugänglich sind, und bot an, die Informationen bereitzustellen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.03.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.03.2026.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02521**

Herr Raue wies darauf hin, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.03.2026 vor dem Kleinen Saal zur Einsichtnahme aushängen und im Ratsinformationssystem digital einsehbar sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

- zu 6.1 Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026 (Vorlagen-Nummer: VIII/2026/02213)
Vorlage: VIII/2026/02538**
- zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02605**
-

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Eigendorf wurde für den Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue:

So, und dann sind wir bei den Beschlussvorlagen und kommen zum Änderungsbeschluss, zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes, Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle. 6.1 in Verbindung mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD 6.1.1. Ich würde vorschlagen, Antragsteller ist die Verwaltung. Die schickt mal ein paar Worte voran. Herr Dr. Vogt, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Ja, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, wir sind ja bereits im Vorlauf im sehr engen Kontakt auch mit den Fraktionen gewesen, wo wir auch schon sehr ausführlich die

Motivation dieser Beschlussvorlage auch schon begründet haben. Ich würde jetzt nochmal auch für die Öffentlichkeit dies tun. Die Förderlogik, die zugrunde liegt, diesen 116 Millionen Euro Investitionsvolumina, was wir konsumieren dürfen in den ungefähr nächsten zehn Jahren, hat sich durch eine Gesetzesvorlage im Bundestag, die zwei Tage, bevor wir den Beschluss des Sondervermögens hier beschlossen haben im Stadtrat, geändert. Ich möchte vorausschicken, dass es sicherlich Kritiker gibt, die sagen, die Wahrscheinlichkeit kann sein, dass dieser nicht die Mehrheit findet, aber Erfahrungswerte zeigen, dass gerade auch im Kontext, dass gerade auch Kommunen in Westdeutschland Schwierigkeiten haben, ich sage mal, das Sondervermögen sinnvoll einzusetzen, ohne bestimmte Co-Finanzierung wird der Bund hier auf jeden Fall nachbessern. Wir möchten vorbereitet sein für diese Möglichkeiten, dass wir mehr Projekte co-finanzieren können. Hier wird vor allen Dingen der Straßenbereich dabei sein. Wie Sie sehen, haben wir das so weit geändert, dass die Straßenprojekte flexibilisiert werden, auch aufgeteilt werden, gleichmäßig, weil hier auch von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Stadträten die Anmerkung kam, dass wir die Stadtteile nicht gleich behandeln. Und hier haben wir die Volumina, die wir aus den einzelnen konkreten Straßenprojekten rausgenommen haben, gleichmäßig verteilt auf die einzelnen Stadtteile, um hier flexibel zu reagieren, welche Straßen die höchste Förderquote erhalten. Gleichwohl muss ich sagen, dass die Straßen, die wir hier präsentiert haben, in der originären Vorlage, die auch die Mehrheit gefunden hat im Stadtrat, selbstverständlich die Priorisierung auch bei uns weiterhin Bestand hat und entsprechend dann auch in dieser Reihenfolge nach Möglichkeit, nach Prüfung der Fördermöglichkeiten auch dann vorgeschlagen werden in dem Gremienlauf vorher. Herr Rebenstorf wird auch hier noch Rede und Antwort gerne stehen, um dann noch detailliert einzugehen auf die einzelnen Projekte. Die zweite Motivation der Änderung war, dass wir natürlich als Verwaltung immer wieder bestrebt sind, hier mehrheitsfähige Impulse des Stadtrates aufzunehmen, weil wir als Verwaltung uns ganz klar verstehen im Sinne, dass wir Vorschläge machen, die ganz klar im Interesse des Stadtrates sind. Und hier mussten wir feststellen, dass der Änderungsantrag, das sage ich jetzt ganz deutlich, gleich begründe ich das, leider keine Mehrheit gefunden hat, obwohl das so aussah im Stadtrat, da bin ich sehr transparent, was unsere Vorgehensweise und Denkweise in der Verwaltung waren, nämlich der Vorschlag der SPD, Volt / MitBürger, FDP / FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit fünf Projekten, wo ich gleich drauf eingehen möchte, war den wir auch mit Rücksprache anderen Stadträten und vor allen Dingen auch der Bevölkerung als sehr sinnvoll erachtet haben. Das sind folgende Projekte, die jetzt innerhalb der Beschlussvorlage sind: Das ist einmal das Thema Sport. Hier geht es um den Neubau einer Freiluftsportanlage. Hier kann die zuständige Beigeordnete gerne auch nochmal zum Mehrwert... Mir persönlich ist es sehr wichtig, das Thema Inklusion Sportzentrum hier auch entsprechend zu fördern. Das zweite ist eine Investition im Bereich Kultur. Hier haben wir die Sicherung des Künstlerhauses 188, entsprechende Heizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen sowie Elektrik. Auch ein starkes Zeichen noch mal an die Kulturlandschaft unserer Stadt. Dann ein sehr wichtiges Projekt im Bereich Radwegebau, Gehwege und Radwege. Hier gibt es diese große Lücke im Geh- und Radwegenetz der Stadt entlang der Salzmünder Straße, Heidestraße inklusive den notwendigen Straßenausbau. Dann, wie schon angesprochen, und das sehen Sie ja auch, das beweist ja auch das Thema, dass es ein großes Thema für die Bevölkerung ist, einen Verfügungsfonds für Schulen zur Sanierung von Sanitäranlagen. Und last but not least ein Leuchtturmprojekt. Wir wurden ja auch kritisiert, warum wir, bis auf das Stadthaus, wenn ich jetzt mal so direkt bin, kein Leuchtturmprojekt haben, ist das die Verlängerung der Europa-Chaussee. Diese Verlängerung der Europa-Chaussee hat eine sehr, sehr starke, hohe Bedeutung für die zukünftige Verkehrsleitung in dieser Stadt. Ich erinnere noch mal daran, dass wir mit der Hochstraße einen Hochbau haben, der vielleicht in zehn, vielleicht in zwölf Jahren grundständig durch einen Ersatzbau ersetzt werden muss. Das heißt, wir reden hier von vielen, vielen Jahren von einem Verkehrschaos auf der Ost-West-Verbindung in der Stadt Halle. Durch die Europa-Chaussee bekommen wir die einmalige Chance, nicht nur das Gewerbegebiet Ammendorf besser anzuschließen, aber auch Ammendorf aufzuwerten. Die Merseburger Straße verlängernd nur noch einspurig pro Fahrtrichtung mit einem Fahrradweg auszubauen und vor allen Dingen in Zusammenarbeit

mit dem Saalekreis - hier finden Gespräche statt. Ich bin im Austausch auch mit den einzelnen Bürgermeistern. Ich hatte auch heute einen Bürgermeister bei mir im Büro, mit dem wir gemeinsam eine Halle-Umfahrung anbieten könnten, wo wir gerade den Schwerlasttransport, aber auch anderen PKW-Verkehr Saalekreis bezogen, aus der Stadt raushalten könnten. Es würde auch die Entlastung des Riebeckplatzes bedeuten auf der Nord-Süd-Relation, das heißt nicht nur den Verkehr reduzieren, sondern wie Sie auch wissen, entsprechend den CO₂-Ausstoß hier in dieser Stadt. Deswegen werben wir als Verwaltung für diese Beschlussvorlage und möchten auch nochmal darauf hinweisen, dass eine Vertagung hier unnötige Verzögerungen mit sich ziehen. Da wir es anmelden möchten, die Projekte noch anfangen möchten entsprechend mit Planungen. Hier haben wir auch vom Land positive Rückmeldungen. Und auch nochmal grundsätzlich, hier reden wir von einem Grundsatzbeschluss. Jedes einzelne Projekt geht wie immer durch den Stadtrat, Das heißt, wenn wir sehen, dass hier keine Mehrheiten sind, dann ist das so und das ist Ihr Recht und Ihre Pflicht, als Stadträte über jedes einzelne Bauprojekt in dieser Stadt abzustimmen. Für Fragen zur Fördermittellogik, möchten Sie Herr Geier dazu nochmal was sagen? Gut, dann steht Herr Geier Ihnen zur Verfügung und für die inhaltlichen Fragen zu den einzelnen Projekten selbstverständlich die zuständigen Beigeordneten. Ich danke Ihnen.

Herr Raue:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich frage mal Herrn Eigendorf. Möchten Sie zu Ihrem Änderungsantrag noch was sagen?

Herr Eigendorf:

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt mir jetzt ein bisschen schwer, die Einführung zum Änderungsantrag zu trennen von der gesamten Vorlage. Lassen Sie es mich vielleicht so sagen, Herr Oberbürgermeister, die Punkte, die Sie gesagt haben, die klingen plausibel. Ich sage aber ganz ehrlich, ich werde dann im weiteren Schritt beim Lesen der Vorlage nicht wirklich schlauer. Lassen Sie es mich erklären, warum behandeln wir das heute und warum behandeln wir das nächste Woche? Weil in Aussicht steht, dass der Bund die Regeln ändert und damit diese sogenannte Doppelförderung durch den Bund, also die Kombination von Sondervermögen und Bundesförderung möglich werden soll. Sie haben, und das war ja auch ein Akt von Transparenz schon bei der ersten Vorlage, als es nur möglich war, Landesförderung mit dem Sondervermögen zu kombinieren, in dieser Vorlage zwei Spalten gehabt. Einmal die Spalte Sondervermögen auf der einen Seite und auf der anderen Seite direkt daneben die Spalte Fördermittel, wo zum Beispiel bei den Sportprojekten, wo es entsprechende Landesförderprogramme gibt, ausgewiesen war, dass die Landesförderung oder dass das Sondervermögen kombiniert werden soll mit Fördermitteln aus dem Land. Jetzt ist der Plan, und das ist auch an sich sinnvoll, dass die Stadtverwaltung weitergehend auch Bundesfördermittel kombiniert mit dem Sondervermögen. Das findet sich in der Tabelle, in der Form aber so nicht wieder. Meine Fraktion hat in dem Zusammenhang nach meiner Kenntnis entsprechende Fragen weitergeleitet, von denen ich davon ausgehe, dass die Verwaltung diese auch kennt und entsprechend dazu nochmal Stellung nehmen kann. Vor dem Hintergrund aber, dass wir sozusagen aus dem Geld, was wir bekommen, aus den 116 Millionen Euro mehr Geld machen wollen, dadurch, dass wir es nicht nur kombinieren mit Landesförderung, sondern auch mit Bundesförderung, heißt das nach unserer Auffassung, dass an dieser Stelle sich die Spielräume, das haben Sie auch ausgeführt, die Spielräume der Stadt erhöhen. In der Vorlage fügen wir jetzt die Straßen zu Fonds zusammen. Das ist eine Methode, die man sehr tauglich finden kann. Ich halte das für nachvollziehbar, diesen Weg zu wählen, weil man dann auch besser reagieren kann. Andererseits führt es aber auch dazu, dass ein aktuell im geltenden Beschluss des Stadtrates vorgesehenes Projekt gänzlich gestrichen wird. Und an der Stelle vertritt meine Fraktion die Auffassung, dass wenn wir mehr Spielräume haben, mehr Möglichkeiten dadurch, dass wir mit Fördermitteln kombinieren können, es eigentlich nicht notwendig sein muss, dass wir ein Projekt, für das sich ja auch viele hier in diesem Ausschuss im Stadtrat

ausgesprochen haben, zu streichen. Und ja, natürlich in dem Antrag, den die Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit unserer Fraktion eingebracht haben, war auch die Streichung des Marktes vorgesehen. Aber auch vor dem Hintergrund, dass wir dann sehr vielen abendlichen und spätabendlichen Runden zusammensaßen und überlegt haben, wie kann ein Kompromiss aussehen. Wenn wir nun aber mehr Spielräume haben, dann sollten wir das, was einmal beschlossen ist, nach unserer Auffassung nicht in der Art und Weise zurückdrehen. Falls ich da jetzt einen großen Denkfehler habe, dann bitte ich darum, das entsprechend aufzuklären. Dann gebe ich das auch gerne so in meine Fraktion, damit wir darüber nochmal diskutieren können. Aber das einstweilen erstmal zu unserem Änderungsantrag. Vielen Dank.

Herr Raue:

Okay, vielen Dank, Herr Eigendorf. Ja, der Oberbürgermeister möchte noch ergänzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Kurz zum Marktplatz. Herr Geier und ich hatten letztes Jahr im September uns hingezett und darüber geredet, wie wir das Leitbild Marktplatz umsetzen können. Und dabei haben wir für dieses Jahr 800.000, für nächstes Jahr eine Million, das Jahr darauf, eine Million nochmal zurückgestellt. Das heißt, wir haben bereits innerhalb der Verwaltung 2,8 Millionen bereitgestellt. Jetzt werden Sie sich fragen, warum haben wir das trotzdem in das Sondervermögen gepackt? Ganz einfach, um dann freie Mittel, flexiblere Mittel auch im Haushalt zu haben. Wenn Sie jetzt fragen, für welches Projekt wir diese 2,8 Millionen vorgesehen hatten, dafür haben wir jetzt noch keine Planungen, das sind noch Sachen... Das heißt, der Marktplatz ist finanziert genau in der Art und Weise, wie er im Sondervermögen dargestellt ist. Das heißt, unserer Meinung nach, kann das kein Thema mehr sein, weil es ist bereits in der Verwaltung, in den planenden Haushalt eingearbeitet. Bezüglich der Beschlussvorlage. Die Beschlussvorlage der Verwaltung ist eins zu eins bis auf die Änderung bei der Clusterung der Straßen, genau das, Herr Eigendorf, was Sie als Änderungsantrag mit drei anderen Fraktionen vorgeschlagen haben. Und wir haben uns als Verwaltung natürlich gesagt, können wir die Beschlussvorlage geben, können wir sie nicht bringen? Und wir haben sie nur gebracht mit der Begründung nach Rücksprachen, dass es eventuell mehrheitsfähig ist. Darum verwundert es uns als Verwaltung ganz klar, dass ein gegengezeichneter Änderungsantrag auch von der SPD jetzt auf, ich sag mal, nicht auf Ablehnung, aber auf so viele Fragen beruht. Und selbstverständlich, eine Sekunde gleich, Eric, und selbstverständlich durch dieses höhere Volumina, was wir haben werden, werden die Projekte, die jetzt Streichungen zum Opfer fallen werden, das ist ja unsere Möglichkeit als Stadtverwaltung, dass wir die Projekte auch vorschlagen können, obwohl sie nicht im Sondervermögen auf der Liste drauf sind, werden wir prioritär behandeln. Dankeschön.

Herr Raue:

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf:

Vielen Dank. Ich möchte darauf gerne nochmal Bezug nehmen, weil ich auch persönlich angesprochen wurde. Herr Oberbürgermeister, wir haben ja gar keinen Dissens dazu, dass das 1 zu 1 der Änderungsantrag ist. Ich glaube, Sie hatten nicht nur mit mir, sondern auch mit den Kolleginnen und Kollegen, die im letzten Monat diesen Änderungsantrag mit unterschrieben hatten, auch Rücksprachen. Ich möchte auch die Nachfragen gar nicht an der Stelle als Angriff verstanden wissen. Mein Punkt ist einfach nur, es hat sich ja was geändert zwischen dem letzten Monat und der heutigen Vorlage, nämlich wir können mehr Fördermittel akquirieren, dadurch, dass wir mit Bundesmitteln kombinieren können. Das finde ich aber in dieser Vorlage nicht wieder. Sie haben recht. Also, es ist der Änderungsantrag mit der Sachlage des letzten Monats. Und ich würde hier nochmal um Erläuterungen bitten, welche Projekte denn nach jetzigem Stand über die Straßen hinaus, das hatten Sie jetzt schon ausgeführt, welche Projekte denn mit Bundesfördermitteln

kombiniert werden, welche Gedanken es dazu schon gibt. Sie hatten völlig recht, zwei Tage vor der letzten Ratssitzung ist dieser Gesetzesentwurf in die Beratung in den Bundestag gegangen. Aber es gibt ja in den verschiedenen Geschäftsbereichen, in verschiedenen Fachbereichen viele Kolleginnen und Kollegen, die sich gerade damit beschäftigen zu gucken, wo haben wir Möglichkeiten über Fördermittel, gerade über Bundesförderung, Projekte umzusetzen. Deswegen gehe ich davon aus, dass es in den einzelnen Bereichen da auch schon Überlegungen gibt, jetzt über die Straßen hinaus.

Herr Raue:

Okay, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Vielen, vielen Dank, Herr Eigendorf. Herr Rebenstorf, könnten Sie kurz zur Fördermittellogik und den einzelnen Verwaltungswegen mal kurz Herrn Eigendorf dazu informieren? Dankeschön.

Herr Rebenstorf:

Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, vielleicht nochmal zum grundsätzlichen Verständnis. Als wir mit der ersten Liste losgezogen sind, war die Rede grundsätzlich keine Fördermittel einpflegen zu können. Demzufolge mussten wir Prioritäten setzen. Mit dem Stadthaus ist ein größeres Projekt mit dabei, ansonsten mehrere mittelgroße Maßnahmen. Die Frage in der Kombination mit Fördermitteln stellte sich ja nicht, deswegen ist alles andere hinten runtergefallen. Jetzt ist es so, das Ganze ist mit einer gewissen Dynamik gekoppelt. Jetzt ist diese Möglichkeit in Aussicht gestellt. Fangen wir mal so rum an. Jetzt ist diese Möglichkeit in Aussicht gestellt. Sie wissen, dass der Gesetzgeber noch die nötigen Gesetze, Verordnungen und so weiter auf den Weg bringen muss, damit wir dann konkret Ihnen das bis zum letzten Eurocent auch darlegen können. Das heißt aber für uns mit dem Hintergedanken, ich weiß, dass die Fördermittel mit dazu nehmen kann, stellt sich eben die andere Ausgangslage dar, dass wir auch in der Lage sind, mehrere von diesen größeren Projekten umzusetzen. So ist auch die Europa-Chaussee neben dem Stadthaus wieder mit auf die Liste gekommen. Ansonsten sind es die üblichen Förderprogramme, die wir haben, die wir anzapfen können, da gehört die Städtebauförderung dazu, da gehört GRW dazu, da gehören EFRE-Mittel dazu, je nachdem, wie die dann ausgestaltet werden im konkreten Fall. Vor dem Hintergrund, dass wir das dann, wenn es dann soweit ist, mit einpflegen müssen, dass wir dann, wenn wir geplant haben, genaue Zahlen brauchen, was die Projekte kosten, wie die Inflation voranschreitet, wissen Sie auch, dass wir nochmal Ihnen dann eine Liste mit vorlegen müssen, was tatsächlich realistisch umsetzbar ist. Bei der ersten Diskussion im März haben wir es mit auf den Weg gegeben, nicht alles wird sich umsetzen lassen, ein Teil wird bedingt durch die Inflation nicht kommen können. Mit den Fördermitteln ist es vielleicht dann wieder etwas einfacher, diesen Passus, was die Inflation ausmacht, etwas weiter zu dehnen, in der Hoffnung, dass wir möglichst keine Projekte hinten runterfallen lassen, sondern tatsächlich alle umsetzen können. Bei der Flut, auch wenn das nur bedingt vergleichbar ist, bei der Flut hat es am Ende aber auch funktioniert. Die Projekte, die auf der Liste der Fluthilfe standen, konnten am Ende des Tages bis auf ganz, ganz wenige Ausnahmen auch umgesetzt werden.

Herr Raue:

Vielen Dank, Herr Rebenstorf. Frau Müller, bitte.

Frau Müller.

Ja, Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister. Herr Oberbürgermeister, Sie wundern sich über die SPD. Unsere Verwunderung fängt tatsächlich schon ein paar Schritte weiter vorn an. Nämlich stellt sich für uns nach wie vor die Frage, wie es eigentlich sein kann, dass der Stadtrat ein Beschluss fasst und zwei Wochen später das Ganze zurückgedreht werden soll. Wir haben das jetzt inzwischen geklärt, dank dem Vorsitzenden

Herrn Haak. Der hat die Frage der Geschäftsordnung geklärt, ob hier eine Sechs-Monats-Sperre fällig wird. Das wird wohl auch laut Beratung mit dem Landesverwaltungsamt so nicht ziehen. Das akzeptieren wir natürlich. Gleichwohl, müssen wir uns eigentlich auch gar nicht an Formalen aufhalten. Die Frage stellt sich trotzdem, mit welcher Begründung? Also man muss es ja mal in der Sache erklären, warum das jetzt so abläuft, wie es abläuft. Sie haben das selber gerade ausgeführt. Die neuerliche Regelung zu den Fördermitteln, die war zwei Tage vor der Stadtratssitzung bekannt. Das haben Sie gerade selber so gesagt. Sie hatten ja auch während der Stadtratssitzung schon noch vor dem Beschluss, auch mit dieser Argumentation hantiert. Und da stellt sich dann natürlich die Frage, warum hat die Verwaltung an der Stelle dann auch die Beschlussvorlage vorher nicht entsprechend geändert, beziehungsweise wenn zwei Tage vorher zu knapp waren, Sie haben das gerade wunderbar ausgeführt, wie Sie sich ja mit den Fraktionen verständigt haben, dann hätte man sich im Zweifelsfall auch mal dazu verständigen können, dass man die Beschlussvorlage nochmal vertagt. In Rücksprache mit allen Fraktionen, weil es diese neuerlichen Erkenntnisse gibt. Das ist aber eben nicht passiert. Es wurde dann eben sehenden Auges dieser Beschluss gefasst. Es war die eigene Vorlage der Verwaltung. Danach war die Verwaltung offenkundig irritiert, dass ihre eigene Vorlage so beschlossen war. Naja, und das soll dann jetzt der Grund sein, dass man sozusagen in Rücksprache mit allen Fraktionen und auch Sie haben das gerade noch versucht, so zu legitimieren, in Rücksprache mit der Bevölkerung jetzt hier ein neuer Beschluss herbeigeführt werden soll. Das alles ist keine Begründung dafür. Das ehrt Sie, wenn Sie mit der Bevölkerung Rücksprache halten, auch mit den Fraktionen. Aber es begründet trotzdem nicht, dass das Verfahren hier so läuft, wie es jetzt läuft. Und das kann man eigentlich nur kritisieren. Und das ist, gelinde gesagt, wirklich unglücklich, wie das hier läuft, weil das auch ein super Signal, in Führungsstrichen, ein super Signal in die Bevölkerung sendet, nämlich, dass hier Beschlüsse gefasst werden. Und wenn sich die Fraktionen dann mehrheitlich mit dem Oberbürgermeister gemeinsam anders überlegen, na dann fasst man halt einen neuen Beschluss. So einfach geht das. Das ist im Grunde die Botschaft, die jetzt hier ausgesendet wird. Das Ganze zum Formalen. Wie gesagt, wir werden uns da jetzt auch nicht mehr verkämpfen. Das Problem haben nicht wir, das haben Sie und gegebenenfalls die anderen Fraktionen. Insofern okay. Des Weiteren inhaltlich, ich meine, wir haben uns verhalten, wie wir uns verhalten haben, wir haben die Beschlussvorlage der Verwaltung an der Stelle unterstützt. Wir sehen jetzt auch inhaltlich keine Veranlassung, da auch wieder abzuweichen von. Also inhaltlich gibt es da sicherlich einiges noch zu kritisieren. Also die Frage zum Beispiel, wie man eine Europachaussee für 15 Millionen Euro bis zu Ende bauen will, die stellt sich tatsächlich, ich würde jetzt mal fast behaupten, wir bleiben dann irgendwann in der Mitte stehen und dann ist es Geld alle, aber vielleicht kann das ja auch noch geklärt werden. Insofern, wie gesagt, wir kritisieren das hier mit Nachdruck und ob das so klug ist, ich hatte es schon mal ausgeführt, ein halbes Jahr vor der Landtagswahl solche Signale zu senden, dass Politik im Grunde, wenn es ihr nicht gefällt, dann einfach mal so einen neuen Beschluss fasst und nicht einfach Beschlüsse akzeptiert werden. Da richte ich mich auch an alle anderen Fraktionen, die den Spaß, in Führungsstrichen, hier mitmachen. Letztlich ist das unser tägliches Geschäft, dass wir alle mit Beschlüssen auch leben müssen, die uns nicht gefallen. Und das ist nun mal so, dass man das dann eben auch akzeptieren muss und nicht einfach mal so doch ein bisschen an den Haaren herbeigezogenen Begründungen nicht einfach mal so wieder ändern muss. Also wie gesagt, Sie können mich überzeugen, wenn Sie mir erklären, warum Sie Ihre Beschlussvorlage nicht verändert haben, beziehungsweise das Ganze nicht doch nochmal vertagt haben. Das wäre durchaus möglich gewesen. Und ja, am Ende, ich habe alles gesagt, vielen Dank.

Herr Raue:

Okay, Herr Vogt, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Was Sie alles in das Handeln der Verwaltung und auch von anderen Fraktionen rein interpretieren, finde ich, diplomatisch gesagt, sehr interessant, Frau Müller. Des Weiteren ist es so, dass wir handeln im Rahmen einer Geschäftsordnung und eine Geschäftsordnung ist deswegen so ausgestaltet, gerade weil sie auch eine Flexibilität, eine Anpassung an neue Gegebenheiten einfach ermöglicht. Und es ist überhaupt kein Hickhack, was wir hier machen. Es ist ein Agieren im Sinne einer antizipierten Mehrheit dieses Stadtrates. Und ich wiederhole nochmal, es ist sehr wichtig, hier auch die Fraktionen mit einzubeziehen. Und sind wir doch mal ganz ehrlich, Frau Müller, hätten Sie mit den Linken sich beteiligt und ein einzelnes Projekt auch reingebracht, dann hätten wir, glaube ich jetzt nicht die Diskussion. Den Rest möchte noch gerne Herrn Geier hinzufügen.

Herr Bürgermeister Geier:

Jo, ich würde gerne wie folgt ergänzen. Also gut, man kann natürlich diese Vorlage so interpretieren, wie das jetzt durch die Frau Müller erfolgt ist. Man kann allerdings auch das so sehen, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, aus diesen 116,5 Millionen so viel wie möglich zu machen. Und ich komme jetzt nochmal darauf zurück. Fakt ist, dass es ein Gesetzgebungsverfahren in Berlin beim Bund gibt. Und diese Initiative gibt es vor allen Dingen, weil sich verschiedenste Kommunen in Deutschland darüber beschwert haben, dass eine Doppelfinanzierung des Bundes, also Fördermitteltöpfe des Bundes und des Sondervermögens des Bundes nicht möglich sind. Und das klassische Feld einer Bundesförderung ist der Straßenbau. Das ist das klassische Feld. Wenn Sie sich mal überall große Baumaßnahmen, Straßenbaumaßnahmen anschauen in der Republik, Umgehungsstraßen, Autobahnbau etc. etc., dann sind es Bund-Länder und teilweise auch mitkommunalfinanzierte Maßnahmen. Und bei der Vorlage geht es jetzt darum, quasi auf der einen Seite die Europa-Chaussee als übergeordnete Straßenbaumaßnahme zu platzieren. Weil da muss ich auch aus meinem Blickwinkel ganz klar sagen, obwohl ich kein Straßenbaufachmann bin, dieses Projekt hat den Charme, dass verschiedene Gebietskörperschaften, der Saalekreis und die Stadt Halle gemeinsam an einer Lösung zur quasi Saale-Querung arbeiten. Und das hat tatsächlich nicht nur Charme, was die Stadt Halle und den Saalekreis betrifft, sondern das ist auch übrigens von Landesbedeutung. Und wenn irgendwas von Landesbedeutung ist und man das auch entsprechend platzieren kann mit Beschlüssen, dann ist es förderlich. Bei der Trassenführung wird es so sein, dass die Gebietskörperschaften einen Anteil natürlich sicherlich dazugeben müssen. Und wir könnten dann bei entsprechender Beantragung diese 15 Millionen, die im Moment quasi nur für sich so stehen, als kommunalen Anteil in eine Gesamtfinanzierung dieser Halle-Umfahrung mit einbringen. Und das ist tatsächlich eine sehr charmante Herangehensweise. Warum ist es auch charmant? Wenn die Stadt selber auf ihrem Stadtgebiet einen dritten Saaleübergang definiert und das sozusagen nicht im Rang einer Bundesstraße ist oder sozusagen von Bundesstraße zur Autobahn ist, sondern wenn ich irgendwo im Stadtgebiet einen dritten Saaleübergang mache, dann hat es nicht die Wertigkeit, auch beim Bund, um da in eine Förderung zu kommen. Das heißt also, das ganze Thema hängt von der Finanzierung allein an der Stadt. Und der Kollege Rebenstorf hat es das letzte Mal auch sehr schön geschildert. Wir diskutieren über einen dritten Saaleübergang, Klammer auf, wo die Finanzierung zum überwiegenden Teil an der Stadt liegt, nach meiner Überzeugung. Und andererseits haben wir mit den Brücken Richtung Schkopau einen quasi dritten Saaleübergang bereits schon durch den Bund finanziert bekommen. Die sind ja alle durch den Bund hergestellt worden, übrigens ohne einen Cent der Stadt. Und es geht jetzt einfach darum, dass man quasi das auch als Aufhänger nimmt und sagt, na dann lasst uns doch mal das quasi größer und gemeinsam mit dem Saalekreis denken. Zu der Frage, warum die konkrete Darstellung der Spalte mit der Bundesförderung noch nicht aufgeführt ist, die klare Aussage, dass wir natürlich, weil das Verfahren noch läuft, nicht wissen, ob der Bund sich so entscheidet, dass er alle Bundesfördertöpfe quasi zur Doppelförderung bereitstellt oder nur ausgewählte Fördertöpfe. Aber bei den ausgewählten Fördertöpfen ist der Topf für Straßenbaumaßnahmen auf jeden Fall im Spiel. Die Initiative kam ja übrigens auch über den Verkehrsausschuss. Das ist nochmal wichtig. Dann nochmal zu der Frage, vielleicht nochmal

als letzte Bemerkung von mir, zu der Frage, warum die Verwaltung da nicht reagiert hat. Das haben wir neulich in der Fraktionsvorsitzenden Runde nochmal diskutiert. Es gab einen Vorschlag der Verwaltung und es gab diverse Änderungsvorschläge von verschiedenen Fraktionen, die die Europa-Chaussee als Teil der Halle-Umfahrung beinhaltet haben. Und weder für die Verwaltung noch für den Stadtrat war absehbar, einschätzbar, wie diese Abstimmung der Änderungsanträge läuft. Aber man muss doch im Prinzip als Verwaltung auch sagen, okay, wir respektieren zunächst mal, die Änderungsanträge, bringen die sozusagen in den Abstimmungslauf und sehen dann, was rauskommt. Dass aber der Abstimmungslauf aller Änderungsanträge so abläuft, dass es letztendlich bei der ursprünglichen Vorlage der Verwaltung bleibt, sorry, also wer kann das ahnen, dass das tatsächlich so läuft? Und das war der Grund, wo man dann gesagt hat, okay, man muss diese Entscheidung oder diese Abstimmungen abwarten und dann sehen, wie man weiter vorgeht. Und das passiert jetzt über diese entsprechende Vorlage der Verwaltung.

Herr Raue:

Okay, vielen Dank, Herr Geier, so auf meiner Liste sind Herr Dr. Bergner, Herr Kehrwieder, Herr Nistripke, Herr Raabe auch, auch Frau Müller und ich selbst. Herr Dr. Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner:

Ja, vielen Dank. Ich versuche mich so verständnisvoll, wie möglich zu verhalten, aber ich kann eine Frage Ihnen einfach nicht ersparen. Herr Oberbürgermeister, kommen Sie sich in dieser Situation nicht selber komisch vor? Ich komme mir nämlich komisch vor. Wir saßen im Januar hier in der Finanzausschusssitzung und wurden bedrängt von Ihnen und Herrn Geier, doch einer Beschlussvorlage möglichst noch im Januar zuzustimmen, die jetzt Beschlusslage des Stadtrates ist. Das heißt, wir haben in den letzten Monaten doch einen erkennbaren Zickzack-Weg hinter uns gelassen. Der begleitet ist von allen möglichen Hoffnungen. Ich erinnere mich an sehr weitgehende und Hoffnung weckende Reden, die bei dem Neujahrsempfang gehalten wurden, auch vom Ministerpräsidenten, die viele Erwartungen geweckt haben. Nun gut, jetzt sind wir in der Situation, dass Sie einen Antrag, der keine Mehrheit gefunden hat, der auch nicht unsere Unterschrift trägt, wieder aufgreifen und zum Antrag der Verwaltung machen. Es gibt eigentlich nur einen einzigen plausiblen Grund für diese Zickzack-Kurve. Und der steht in Ihrer Begründung, dass ein Gesetzentwurf für den Paragraph 4a, ich verwende jetzt mal nur die Abkürzung, für das LuKIFG, also das Bundesgesetz, das den Umgang mit den Sondervermögen regelt. Ein 4a des LuKIFG. Ich habe mich die letzten 14 Tage bemüht, den Wortlaut des 4a LuKIFG irgendwo zu lesen. Ich habe ihn nirgends gefunden. Das heißt, wir reden jetzt über eine Entwicklung, die sich vielleicht abzeichnet, die ich auch begrüßen würde, aber die im Moment über deren rechtliche Ausformung ich überhaupt noch nichts weiß, wo sie hinlaufen wird und wie viele Spielräume sie uns tatsächlich gibt und in welchen Bereichen sie uns die Spielräume gibt, damit wir unsere Beschlusslage, ich bin ja sehr dafür, dass wir die Beschlusslagen anpassen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Aber wir wissen ja noch eigentlich noch gar nicht richtig, wie sich die Rahmenbedingungen ändern. Und wir machen, was ich ja auch ein bisschen kühn finde, unter Beziehung auf eine konkrete Gesetzesformulierung, wechseln wir jetzt gewissermaßen die Beschlussvorlage. Also meine Bitte ist, gibt es für den 4a LuKIFG einen Wortlaut? Der zweite Punkt ist, also wenn wir uns durchringen als Fraktion, dieser veränderten Antragslage zu folgen, so gibt es für uns einen entscheidenden Grund. Und dieser Grund besteht darin, dass jetzt die Verlängerung der Europa-Chaussee darin ist. Die Verlängerung der Europa-Chaussee ist unterfinanziert da drin. Deshalb wäre es mir sehr lieb, wenn man gewusst hätte, was bedeutet nun der 4a LuKIFG. Dann hätte man vielleicht abschätzen können, welche Möglichkeiten der Co-Finanzierung man hat. Wir begeben uns also, wenn wir zustimmen, auf einen Blindflug. Nun könnte ich vielleicht noch in der Fraktion Argumente für diesen Blindflug finden und wir würden uns auch bemühen, sie zu finden, wenn das Ganze muss ja jetzt in einer Nachtragshaushaltssatzung, die Konsequenzen, die 2026 gezogen werden, müssen ja in der Nachtragshaushaltssatzung gezogen werden. Wenn Sie verbindlich zusagen, dass in der Nachtragshaushaltssatzung erste Titel und erste

Ausgaben zur Europa-Chaussee drin ist, dann wird es uns sehr viel leichter fallen, jetzt diesen Änderungsvorschlag noch mitzugehen, obwohl es, das muss man nun wirklich sagen, eigentlich ein bisschen eine Zumutung ist, wenn man die Regeln eines normalen Verfahrens sieht, ist. Also meine Frage, gibt es irgendeine Formulierung, auf die wir bauen können, was die Änderung des LuKIFG betrifft? Und das zweite, können Sie sagen, ob die Europa-Chaussee Niederschlag in der Nachtragshaushaltssatzung als eine Ausgabe, die 2026 betätigt wird, das können Planungsausgaben oder sonst irgendwas sein, dass dort ein Niederschlag gefunden wird. Denn ich möchte, das will ich ganz offen sagen, für mich ist eine zusätzliche Ausgabe im Böllberger Weg für das Künstlerhaus, hat für mich mit dem eigentlichen Anliegen des Sondervermögens nichts zu tun, um das mal so klar zu sagen. Aber wir wären bereit, diese Kröte zu schlucken, wenn das andere Anliegen tatsächlich eine Chance der Realisierung hätte.

Herr Raue:

Herr Dr. Vogt bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Danke, Herr Dr. Bergner. Wenn die Sache beschlossen ist, werden wir selbstverständlich Planungsmittel einstellen. Das ist selbstverständlich. Nochmal kurz. Ich sehe kein Zickzack-Kurs der Verwaltung. Wir haben als Verwaltung sehr stringent und muss man auch mal ganz klar sagen, ein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie schnell wir hier geschäftsbereichsübergreifend hier eine Liste zusammengestellt haben. Wir waren selber auch nicht zufrieden, wie hier das Land teilweise agiert hat, erst eine Deadline zu setzen bis zum 31.01., die Meldung von Projekten, dann wieder nicht. Gleichzeitig haben wir einen Druck, dass wir, wenn wir Projekte dieses Jahr beginnen wollen, müssen wir so schnell wie möglich handeln. Also ich sehe hier keineswegs ein Zickzack-Kurs und den werde ich auch, und tue das auch hiermit, im Namen der ganzen Verwaltung auf das Schärfste zurückweisen. Nochmal auch, ich weiß, dass die Europa-Chaussee und Sie haben das ja auch bestätigt, von ihrer Partei auch unterstützt wird. Ja, die Höhe, ich könnte mir auch 20, 30 Millionen vorstellen, aber 15 ist erstmal ein Anfang und wir hatten ja auch deutlich hier gesagt, dass hier Möglichkeiten... Ein weiterer entscheidender Grund ist, warum das jetzt notwendig ist. Es ist auch ein Zeichen gegenüber dem Saalekreis und es ist ein Zeichen gegenüber dem Land. Und der Saalekreis fängt jetzt auch bald an, sein Sondervermögen bald auch konkreter zu verteilen. Und da sollten wir jetzt handeln und nicht erst in fünf Jahren oder in was auch immer. Weil jetzt haben wir eine Möglichkeit, gemeinsam mit dem Saalekreis das zu entwickeln. Und genau, ich wollte sagen, zu der Erklärung dieses einzelnen Gesetzesentwurfs, Herr Rebenstorf, diese Abkürzung? Würden Sie dazu noch was sagen können?

Herr Rebenstorf:

Also ich kann jetzt an der Stelle nicht helfen, was die Abkürzung genau heißt und wie das dann im Kern ausgestaltet ist. Tut mir leid.

Herr Dr. Bergner:

Soweit ich Aufklärung erreicht haben kann... Das Ganze, diese Gesetzesänderung soll Bestandteil des Infrastrukturkukunftsgesetzes werden. Das wird ein Artikelgesetz mit 19 vorliegenden Artikeln bisher. Diese Gesetzesänderung ist in der jetzigen Drucksache, die der Erwidern auf die Stellungnahme des Bundesrates darstellt, das heißt, das Plenum hat sich überhaupt noch nicht im Bundestag damit beschäftigt, diese Gesetzesänderung ist im Moment überhaupt noch nicht Gegenstand. Das ist übrigens ein ziemlich massives Gesetz mit diesen 19 Artikeln. Aber hat Verfahrensbeschleunigung und anderes zum Gegenstand. Das heißt, wir müssen auch mit einer längeren Beratung rechnen. Ich sage das nur, damit wir wissen, worauf wir uns einlassen. Und deshalb habe ich den Begriff „Blindflug“ gewählt, der mir persönlich jedenfalls sehr, sehr schwerfällt. Aber wenn es die Chance gibt, hier eine Infrastrukturentscheidung für die Europa-Chaussee zu treffen, dann wäre ich auch dazu

bereit. Nur, es wäre für uns eine große Hilfe, wenn wir davon ausgehen könnten, dass wir bei der Nachtragshaushaltssatzung 2026, die ja erforderlich wird, zur Umsetzung des Beschlusses, dass wir bei dieser Nachtragshaushaltssatzung finden, auch einen Titel finden in dem die Europa-Chaussee zum Ausdruck kommt.

Herr Raue:

Herr Dr. Vogt

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Das Problem, was ja auch... Planungen dauern sehr lang und Gesetzgebungsverfahren auch, aber jetzt abzuwarten, bis das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, verlieren wir wertvolle Zeit, um auch die Planung voranzubringen. Und diese Abkürzung von dem Gesetz kommt aus meinem Büro. Der Mitarbeiter ist gerade nicht da. Wir haben uns aus dem Bundestag, wir würden das nachliefern, Herr Dr. Bergner. Dankeschön.

Herr Raue:

Herr Geier, bitte. Danach Herr Kehr wieder.

Herr Bürgermeister Geier:

Also zur Haushaltsplanung nochmal, dass das alle wirklich explizit gehört haben. Wenn hier diese Vorlage beschlossen wird, dann gibt es eine Haushaltsposition im Nachtragshaushalt Europa-Chaussee, 15 Millionen. Wenn dann im weiteren Fortgang nach Beschlussfassung im Bund und entsprechendem Tätigwerden aus dem GB II eine Förderung dann möglich ist oder in Aussicht gestellt wird mit Prozentsätzen etc., dann wird in fortfolgenden Haushaltsplanungen das entsprechend fortgeschrieben.

Herr Raue:

So, Herr Kehr wieder, danach Herr Nistri pke.

Herr Kehr wieder:

Ja, Dankeschön, Herr Vorsitzender. Also ich glaube, eine der Sachen, die wir alle und auch meine Fraktion immer viel an der Verwaltung kritisieren und häufig auch zurecht ist die fehlende Weitsicht und den fehlenden Mut, auch mal Sachen anzugehen, ohne dass sofort die nächstliegende Ebene ob Land oder Bund sagen, ihr könnt das so machen. Ich denke an die letzten Haushaltsverhandlungen, wo wir dann alle darüber überrascht sind, dass die Stadtverwaltung nicht schon viel früher gesehen hat, dass bestimmte Defizite entstehen. Und jetzt handelt die Stadtverwaltung einmal mit Weitsicht und vorausschauend, und jetzt sitzen wir hier und kritisieren das auch. Und irgendwie verstehe ich da dann den Zusammenhang nicht richtig. Weil wer nämlich die Akteneinsicht zum Sondervermögen gemacht hat, der sieht, dass, wie die erste Beschlussvorlage zustande gekommen ist, zum Sondervermögen ist, nämlich so, dass die Stadtverwaltung auch dort schon frühestmöglich, als die ersten Anzeichen kamen, dass es dort möglicherweise Geld geben könnte, in Handlung gegangen ist, alle Geschäftsbereiche beteiligt hat, damit die Liste so schnell wie möglich zustande kommt. Jetzt setzt die Stadtverwaltung genau das um, wie sie es beim Sondervermögen auch gemacht hat, bloß mit der zusätzlichen Info, die übrigens auch durch die kommunalen Spitzenverbände schon längst bestätigt ist und handelt wirklich, ich kann es nur erneut betonen, einmal mit Weitsicht, die wir hier so oft verlangen. Und das jetzt so zu kritisieren, geht, glaube ich, in die falsche Richtung. Zumal die Sachen, die da drin stehen, ja auch der Änderungsantrag unserer Fraktion, die hier alle sitzen, sind ist, dass das vielleicht demokratisch, wie Sie es auch immer auslegen möchten, schwierig sein könnte, dass eine bestätigte Beschlussvorlage im Nachhinein geändert wird. Den Kritikpunkt sehe ich auch. Jedoch hat sich jetzt hier eigentlich mal was verändert, und zwar das, was die kommunalen Spitzenverbände an diesem Sondervermögen seit Tag 1 kritisiert haben. Nämlich, dass die Kombination mit Bundesfördermitteln nicht möglich ist. Und jetzt passiert aus Bundesebene

mal wirklich was Gutes für die Kommunen. Und da ist in den letzten 10, 20 Jahren garantiert nicht viel Gutes passiert. Und das kritisieren wir jetzt und stellen uns hin und sagen, bitte, bitte beschließt das nicht, wir wissen ja noch nicht, was passiert. Das ist natürlich richtig, das kann man machen. Oder wir setzen uns dann hier in sechs Monaten oder in einem Jahr nochmal zusammen, wenn die Gesetzesänderung dann durch ist, die jetzt von allen bestätigt wird, dass das wahrscheinlich in diesem Maße so kommt, setzen uns hin, fassen genau den gleichen Beschluss, vielleicht noch mit viel mehr Dingen und sagen dann, hätten wir früher mal gemacht, weil wir wussten ja eigentlich schon alle, was passiert. Und jede Partei, die hier sitzt, ist sie noch vertreten oder nicht mehr so lang, hat auch noch Kontakte im Bundestag und in Landtage. Und jeder hat seine Leute gefragt. Und die werden euch alle das Gleiche bestätigen. Und wenn ihr es noch nicht gemacht habt, dann tut doch bitte. Die sagen, das kommt, bereitet euch darauf vor. Das sagt sogar der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Und nochmal um die Signalwirkung an die Bevölkerung. Ich würde es ja verstehen, wenn wir uns hier mit dem Sondervermögen die Toiletten vergolden würden. Aber die Sachen, die da drin stehen, sind ja nun wirklich so weit ab davon. Da geht es um eine Verlängerung der Europa-Chaussee. Das Projekt kann man kritisch sehen oder gut sehen. Jedenfalls ist es eine Investition in die Infrastruktur vom Sondervermögen, was so oft kritisiert wurde, dass es eben nicht konkret in Infrastruktur investiert wird. Verfügungsfonds für Schulen zur Sanierung von Sanitäranlagen. Welcher Mensch, der hier sitzt, sagt, ja, die Signalwirkung an die Bevölkerung wäre damit ganz schlecht, wenn wir das jetzt machen. Oder der Neubau einer Freiluftsporthalle, die für Inklusion sorgt, wo wir eine Hebelwirkung erzielen mit Fördermitteln, von denen die normalen Beschlussvorlagen hier im Finanzausschuss nur träumen können. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können diesem Änderungsbeschluss der Stadtverwaltung hier gut und gerne zustimmen, weil die Stadtverwaltung hier einmal das tut, was wir so oft an ihr kritisieren, nämlich, dass sie hier einfach mal mit Mut und Weitsicht vorangeht und handelt, aufgrund von Informationen, die wir ja alle sowieso schon haben. Vielen Dank.

Herr Raue:

Herr Nistripke.

Herr Nistripke:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ja den ursprünglichen Beschlussvorschlag abgelehnt, weil er nicht ein Leuchtturmprojekt zum Beispiel der Ost-West-Saale-Querung enthielt. Und das ist ja auch jetzt noch nicht enthalten. Demzufolge ist da kein Grund davon abzuweichen. Zumal ja in der Ergänzung, Herr Bergner hat es angesprochen, auch solche Projekte wie Künstlerhaus im Böllberger Weg drin sind, wo ich nicht sehe, dass das dem Ziel und Zweck des ganzen Projektes dient. Das zweite ist ebenfalls schon angesprochen, wir wurden Anfang des Jahres dringlich aufgefordert, schnell, schnell zu entscheiden. Und jetzt ist durch diese Änderung ein erneuter Zeitverzug wieder im Verfahren drin. Das dritte ist eine technische Sache, die kann vielleicht Herr Geier beantworten. Ich habe im Gespräch mit einem Oberbürgermeister, der hat mir gesagt, dass er bezüglich der Modalitäten, dieser Fördermittel nicht weiß, wie es gehandhabt wird, und zwar im Sinne von, wird das Geld im Nachhinein der Maßnahme ausgezahlt? Das würde bedeuten, dass man hier irgendwie vorfinanzieren muss. Oder umgekehrt wird es vorher ausgezahlt, wenn man das Projekt anzeigt? Und dann, wenn man es, was weiß ich, in einem halben Jahr nicht umgesetzt hat, dann mit Strafzinsen belegt oder so? Also wissen Sie das? Weil, wie gesagt, der Oberbürgermeister wusste es nicht. Vielleicht sind wir schlauer als Stadt Halle, ja.

Herr Raue:

Vielen Dank. Herr Geier, wissen Sie es?

Herr Bürgermeister Geier:

Die technische Frage. Paragraph 11, Absatz 1 des einschlägigen Gesetzes, des Landesgesetzes, das das sozusagen konkretisiert für Sachsen-Anhalt da steht, die nach

Paragraph 7, Absatz 1 zu gewährenden Erstattungen werden durch die Investitionsbank auf Nachweis gewährt. Das heißt also, die Stadt zeigt bei der Investitionsbank an und bringt die entsprechenden Nachweise und dann passiert der Geldfluss.

Herr Stimpel:

Wir finanzieren vor.

Herr Raue:

Herr Raabe bitte.

Herr Raabe:

Ja, vielen Dank. Herr Kehrwieder hat schon ungefähr den ähnlichen Ton getroffen, den ich jetzt auch noch mal anbringen wollte. Deshalb fasse ich mich jetzt kurz. Ich würde auch sagen, dass es eher ein gutes Signal ist, dass wir jetzt nochmal diese Anpassung machen und eben keines, wo man sagt, irgendwie der Stadtrat oder die Stadtverwaltung eiert rum, sondern ganz im Gegenteil. Und das, wie gesagt, konnte man auch der Akteneinsicht unter anderem entnehmen und auch der Kommunikation der Stadtverwaltung am Anfang. Es gab eben unklare Signale von höheren Ebenen, der sich die Stadtverwaltung in der Erstellung der Vorlage gefügt hat und unter den Bedingungen wir auch unseren Änderungsantrag ursprünglich verhandelt haben. Und jetzt gibt es da eben eine neue Klarstellung, unter anderem eben, dass diese Doppelförderung möglich sein soll, dass auch jetzt schon die Signale so sind, dass eben die ursprüngliche Ankündigung, dass das auf jeden Fall nicht geht, eben nicht mehr so fest im Raum steht. Und nun passt sich die Stadtverwaltung da flexibel an und sagt, gut, dann können wir diese neuen Möglichkeiten nutzen. Dann passen wir auch diese Vorlage an. Und deshalb jetzt hier irgendwas zu sagen von wegen, das macht so ein schlechtes Bild nach außen, finde ich irgendwie sehr schräg, wenn man doch gleichzeitig eben diese Chance jetzt nutzt, um wichtige Projekte doch noch umzusetzen, um hier mit Weitblick eben zu verfahren. Und man hat es ja auch in der Einwohnerfragestunde gesehen, dass unter anderem eben Schulen schon auf diesen Fonds für die Schultoiletten hoffen, dass das ein Projekt ist, wo jetzt schon eben Menschen sagen, dass es gut, wenn das kommt. Auch bei der Europa-Chaussee die Kröte, die wir geschluckt haben, ist auch ein Projekt, wo man ja auch immer sieht, dass da Leute sich darauf freuen, dass das endlich kommt. Das hatten wir auch schon bei anderen Bürgerbeteiligungen. Die Menschen, die in der Merseburger Straße wohnen, dass die sich schon freuen, wenn diese Umgehung kommt. Und deshalb jetzt hier sich so hinzustellen und zu sagen, ja, das sei irgendwie so ein schlechtes Signal, finde ich eher die schräge Ansicht. Deshalb würde ich auch appellieren dafür, dass wir hier jetzt den Weg gehen und auch nochmal von mir der Dank an unseren Stadtratsvorsitzenden Herrn Haak, der eben auch die Klärung mit dem Landesverwaltungsamt nochmal zurückgekoppelt hat, womit wir auch sicher sein können, dass dieser Beschluss dann auch auf sicheren Füßen steht. Und deshalb können wir ja, glaube ich, mit gutem Gewissen den Weg auch weitergehen, wie ihn jetzt die Verwaltung in meinen Augen oder in unseren Augen sehr richtig vorgeschlagen hat.

Herr Raue:

Okay, vielen Dank, Herr Raabe. Bevor Frau Müller und Herr Eigendorf nochmal zu Wort kommen, möchte ich noch kurz was sagen und ergänzen, was mein Kollege Herr Nistripke gerade angebracht hat. Ich will mal nicht kritisieren, dass die Stadtverwaltung jetzt mit einer neuen Vorlage kommt. Weil ich denke, wenn man irgendwie merkt, ein Beschluss war unglücklich oder ein neuer Beschluss wäre besser, dann muss man den auch fassen. Da kann man nicht an irgendwelchen alten Fehlern festhalten, nur um zu sagen, hier, wir halten aber jetzt daran fest. Das vielleicht mal als positives Eingangsstatement. Was ich daran auch positiv sehe, ist, dass das hiermit sozusagen auch zelebriert wird, dass hier also tatsächlich erstmal nichts in Stein gemeißelt ist, sondern da ist man im Prinzip auch unterwegs. Wir sind jetzt hier sehr, sehr früh unterwegs mit der Änderung, nochmal was ändern kann. Was wir aber an dieser Stelle immer noch nicht ausreichend bedacht finden, ist eben die Leuchtturmwirkung. Und wir haben uns eingehend mit dem Konzept Europa-Chaussee

beschäftigt und im Prinzip sind wir da auch nicht so dagegen. Also befürworten diese eigentlich auch als Infrastrukturmaßnahme. Aber wir finden das eben auch tatsächlich nur als zweitbestes Konzept. Wir haben ja festgestellt, dass grundsätzlich für die Heilung der ungünstigen Verkehrssituation des Verkehrsnetzes unserer Stadt eigentlich eine direkte Verbindung von Halle-Neustadt nach der Südstadt-Silberhöhe, ich sag mal, stadtplanerisch dringend vonnöten ist. Und das von der Stadtverwaltung erarbeitete Konzept ist grundsätzlich erstmal ein Weg, den man gehen kann. Ich gehe auch davon aus, dass sich das durchaus hebeln lässt mit GRW-Mitteln zum Beispiel. Schließlich wurde die Europa-Chaussee ursprünglich ja mal fast ausschließlich mit GRW-Mitteln gebaut. Und da sind ja Fördersätze von 60 bis 90 Prozent drin. Also da kann nochmal gut Geld fließen. Aber wir oder meine Fraktion und auch ich selbst, wir gehen natürlich auch stark von einer bundesseitig angestoßenen Gesetzesnovelle aus, die Herr Bergner ja auch schon anspricht, die im Prinzip Richtung Genehmigungsplanung und Investitionsbeschleunigung nochmal einiges verbessert. Auch insofern, dass wir unter Umständen ein Brückenprojekt tatsächlich umsetzen könnten. Und dieses Geld, was jetzt hier sozusagen verausgabt wird, das fehlt uns aus AfD-Sicht für das weit wichtigere Projekt der Brücke, weil an dieses Projekt geplant, was weiß ich, Brückenbauwerk auch Richtung Südstadt-Silberhöhe. Das ist eben eins, was den Hallensern nahezu fast ausschließlich zugutekommen kann. Wir finanzieren das ja auch aus unserem Sondervermögen. Und wir hätten damit einmalig in unserer Historie so viel Geld, dass wir das tatsächlich umsetzen könnten, so allein umsetzen könnten. Und möglicherweise werden wir nie wieder auf absehbare Zeit zumindest, so viel Geld haben, dass dieses Projekt möglich ist. Und das würde eben vielen Hallensern und auch unserer Wirtschaft über die Jahre Millionen Euros an Fahrzeugkosten ersparen. Das würde die Verbindung, das würde beide Stadtteile viel näher zusammenwachsen lassen. Es hätte Vorteile für ÖPNV-Nutzer und für Fahrradnutzer. Also ich hatte das ja alles schon mal in meinem Eingangsstatement zum Sondervermögen gebracht. Und es würde natürlich auch durch diese Redundanz, also mehrere Brücken zur Verfügung zu haben und bei Bausituationen oder sonst was eben einen Ersatzweg zu haben, auch viel besser helfen, als wenn wir jetzt diesen großen Umweg über diese Autobahnbrücke machen, über den, ich sag mal auf gut deutsch den halben Saalekreis. Und das hilft den Hallensern eigentlich überhaupt nicht. Den Hallensern würde eigentlich nur das AfD-Projekt helfen. Das ist einfach unser großes Dilemma und das will hier in diesem Stadtrat keiner mittragen. Das ist eben echt traurig. Ich wünschte mir, es wäre von euch gekommen, dass wir da jetzt im Prinzip weitergehen könnten. Aus unserer Sicht sind diese gesamten Umweltprobleme und Ökoprobeme lösbar. Das Bauwerk ist auch nicht übermäßig kompliziert. Ja, das ist halt jetzt das große Problem und im Sinne von Resilienz, die ja sozusagen auch überall mehr oder weniger durchinhalziert wird, wäre eben auch eine weitere Saalebrücke, die eben im Stadtgebiet liegt für uns Hallenser tatsächlich sinnvoll, weil das, was jetzt angeklungen ist, diese weitere Saalebrücke im Saalekreis, die steht ja, das ist ja die Autobahnbrücke. Und die soll im Prinzip kompliziert angeschlossen werden. Und der Oberbürgermeister sagt, er hat eine Zusage vom Ministerpräsidenten. Kein Mensch weiß, ob der Ministerpräsident von heute noch Ministerpräsident in fünf Monaten ist. Das wissen wir alle nicht. Einige hoffen es, andere nicht. Und deswegen würde ich mich darauf jetzt nicht so verlassen. Aber wenn die Stadt Halle gegebenenfalls einen Antrag stellen würde, könnte es vielleicht auch das Land Sachsen-Anhalt, könnte uns aber wahrscheinlich auch für diese Saalebrücke, die wir im Prinzip den südlichen Saale-Übergang, den wir bauen wollen, den wir errichten wollen für die Hallenser, wird es vielleicht da auch zusätzliche Fördermittel geben. Also da ist auch nichts unmöglich. Und dadurch, dass der Bund diese Mehrfachförderung zulässt, ist in Zukunft auch Raum. Und wir wollen eigentlich jetzt nicht das Geld auf gut deutsch für Projekte binden, wo es uns für unser wichtigeres Projekt, auch für die Hallenser wichtiges Projekt fehlen würde. Und letzter Satz, die Verlängerung der Europa-Chaussee, ist auch so möglich. Das kann jederzeit über GRW-Mittel theoretisch auch beantragt werden. Und befahrbar ist das ja alles heute schon. Natürlich nur eben bis zur Europa-Chaussee, dann eben den Kilometer Magdeburger Straße. Aber in dem Bereich ist sie auch sehr breit und sehr leistungsfähig. Also wir hätten da wir müssten einfach auf die Saalebrücke gehen und das ist

unser Anliegen und deswegen können wir jetzt hier nicht zustimmen. Das wollte ich nur somit erklären. Vielen Dank. Na klar. Bitte, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Also ich habe, um das klarzustellen, keine Zusage vom Ministerpräsidenten. Ich bin im Austausch, ganz klarer Signale, dass das auch unterstützt wird, aber konkrete Zusagen möchte ich hier gleich ausräumen. Nicht, dass das hier noch, fürs Protokoll, es gibt auch Gespräche zwischen Stadträten, anderen Stadträten, auch MDLs hier mit dem Ministerpräsidenten dazu. Ich habe mit ihm erst vor kurzem nochmal darüber geredet und es ist ein klares Interesse. Das Projekt stößt auf offene Ohren in Sachsen-Anhalt nochmal ganz deutlich. Dankeschön.

Herr Raue:

So, und meine Redeliste setzt Frau Müller fort und danach Herr Eigendorf.

Frau Müller:

Ja, also ich will nur noch mal auf ein paar Dinge jetzt reagieren. Herr Kehrwieder, Sie haben gerade gesagt, hier hat die Verwaltung jetzt einmal Weitsicht bewiesen. Da kann man wirklich unterschiedlicher Auffassung sein. Also die Weitsicht wäre eben tatsächlich gewesen, wenn man diese vorher bekannte Tatsache auch zeitig und rechtzeitig eingespeist hätte, dass wir uns jetzt diesen ganzen Twist hier hätten ersparen können. Das wäre Weitsicht gewesen. Das ist aber eben nicht passiert, deswegen führen wir jetzt hier diese Diskussion. Insofern finde zumindest ich das tatsächlich nicht weitsichtig. Und da bin ich an der Stelle auch tatsächlich bei Herrn Dr. Bergner. Für mich war das hier auch oder für uns, für meine Fraktion war das hier natürlich ein Zickzack-Kurs. Anders kann man das tatsächlich nicht beschreiben. Herr Raabe, ich bin ehrlich gesagt, Sie sagen, Sie finden das schräg, wenn wir der Meinung sind, dass wir hier kein gutes Signal senden. Mit der Vehemenz, in der Sie das sagen, finde ich das tatsächlich ein bisschen schräg. Also, dass man da so im Grunde so gar nicht erkennt, dass da hier vielleicht irgendwas krumm oder ein bisschen schief ist, das verwundert uns doch dann sehr. Und letztlich, natürlich kann man Beschlüsse auch ändern. Die Möglichkeit gibt es ja auch, das ist überhaupt keine Frage. Ich will ja auch gar nicht in die Inhalte gehen. Wenn die Mehrheit des Stadtrates die anderen Inhalte so beschließt, dann akzeptieren wir das natürlich. Aber man muss trotzdem auch mal dazu sagen dürfen, so sehen wir das zumindest, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt. Und nur weil jetzt im Grunde das alles viel besser und viel doller ist, was, ich sage es nochmal, vorher schon bekannt war, jetzt so einfach zu sagen, ja, dann machen wir es halt nochmal neu und das ist so gänzlich unproblematisch, finde ich dann wiederum problematisch. Aber gut, da haben wir wahrscheinlich unsere unterschiedlichen Auffassungen und dann ist das halt so. Herr Oberbürgermeister, Sie haben gesagt, wenn die Linke hier auch einen Änderungsbeschluss gehabt hätte, dann wären wir mit dabei. Das ist ja mal so völlig, Entschuldigung, in dem Wind fabuliert, weil wir hatten keinen Änderungsbeschluss. Und wir waren mit allen anderen Fraktionen, das können hier auch alle bestätigen, bei jeder Verhandlungsrunde auch mit dabei. Wir haben uns den Verhandlungen hier auch nicht entzogen. Wir waren immer dabei und haben einfach klargemacht, dass wir der Vorlage der Stadtverwaltung zustimmen. Wir haben im Grunde, letztlich war es ja auch unser Abstimmungsverhalten, das dazu geführt hat, dass Ihre Vorlage beschlossen wurde. Das haben wir nicht für Sie gemacht, das haben wir gemacht, weil wir wirklich von dem Paket überzeugt waren. In der Gänze zumindest. Sicherlich gibt es bei solchen Maßnahmen immer hier und da mal was zu kritisieren, wo man sagt, naja gut, okay. Aber im Gesamtpaket war das für uns ausgewogen und gut so. Und das war eine deutliche inhaltliche Positionierung. Und deswegen hatten wir keinen Änderungsantrag. Und wenn wir einen gehabt hätten, dann hätten wir uns das ganze Theater ja auch erspart, weil dann hätten wir mit allen anderen Fraktionen einen Kompromiss gefunden und der wäre mehrheitsfähig gewesen und dann wäre das erledigt gewesen. Letztlich haben ja unsere Stimmen gefehlt, dass es die Mehrheit eben nicht gab. So insofern, das wollte ich jetzt hier nur nochmal an der Stelle gesagt haben.

Wie gesagt, wir verkämpfen uns hier nicht mehr, außer Herr Dr. Meerheim, der verkämpft sich hier gerade, weil wir haben mal noch eine Frage. Herr Dr. Meerheim guckt jetzt hier schon seit einer geschlagenen halben Stunde, wo denn eigentlich im Haushaltsposten das Produkt für die Finanzierung des Marktplatzes steht. Das würden wir gern mal wissen, weil wenn es Herr Dr. Meerheim nicht findet, dann hat das schon was zu sagen.

Herr Raue:

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Das liefern wir nach Frau Müller oder Herr Dr. Meerheim. Herr Geier hat es gerade nicht im Kopf.

Frau Müller:

Na, jetzt muss ich nochmal nachfragen. Haben Sie es nicht im Kopf oder gibt es den Haushaltsposten nicht? Also das muss doch mal irgendwie zumindest zu klären sein.

Herr Raue:

Herr Geier.

Herr Bürgermeister Geier:

Ich kann nicht jede der 3.500 Positionen kennen, aber ich werde mich darum kümmern. Ja, ich mich kümmern, dass es dazu eine Aussage gibt.

Zwischenrufe

Herr Raue:

Okay, okay, aber nicht rumsabbeln, sondern nun Herr Eigendorf.

Frau Müller:

Darf ich noch? Ich hatte noch einen Satz.

Herr Raue:

Dann bitte, Frau Müller.

Frau Müller:

Ja, ich wollte nur noch mal auch abschließend sagen, was mich wirklich auch nicht überzeugt hat und womit ich mich echt nicht zufrieden gebe. Das war auch der Satz, Herr Bürgermeister, bitte sehen Sie es mir nach, aber wenn begründet wird, dass sozusagen das Ganze hier nochmal so herbeigeführt hat, weil man nicht ahnen konnte, wie der Stadtrat beschließt, das finde ich wirklich eine sehr, sehr dünne Begründung. Und das also im Grunde kann man selten ahnen, wie der Stadtrat beschließt oder zumindest an mehreren, ja, man kann es meistens voraussehen. Aber es gibt immer Situationen, wo man das nicht ahnen kann. Aber was ist denn das bitte schön für eine Begründung, jetzt hier das Verfahren nochmal aufzuwickeln? Also das finde ich wirklich ein bisschen, naja, dünn. Aber gut, das war's von unserer Seite.

Herr Raue:

So, Frau Müller, jetzt haben Sie aber viel gesprochen, oder? Und ich habe Sie nicht unterbrochen.

Frau Müller:

Ja, Herr Raue, da stehe ich Ihnen in nichts nach, ganz ehrlich. Also...

Herr Raue:

Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf:

Herr Vorsitzender, das sagt der Richtige. So, ich möchte aber gar nicht in den Reigen einsteigen von denen, die erklären, was sie alles schräg finden oder nicht schräg oder halb schräg. Zwei kurze Nachfragen. Das eine hat Frau Müller mir jetzt gerade schon vorweggenommen in der Tat. Es würde mich dann nochmal interessieren, wo genau wir, Herr Oberbürgermeister, im Haushalt entsprechend die 800.000 finden. Vielen Dank. Der zweite Punkt, den ich gerne nochmal aufmachen würde, ist ein anderer, da bin ich Dr. Bergner dankbar, dass er nochmal die Verbindung hergestellt hat zum Nachtragshaushalt. Das ist ja in der Tat so. Beschließen wir die entsprechende Änderung, geben wir nochmal in den Nachtragshaushalt. Und Herr Oberbürgermeister, waren Sie ja schon ganz klar und haben gesagt, es werden entsprechend für die Europa-Chaussee Mittel eingeplant. Wir wissen ja aber auch, dass bei den Projekten, die jetzt neu dazukommen, die teilweise noch nicht mit Anfangsjahren versehen werden, es notwendig ist, die auch entsprechend zu reihen. Deswegen würde mich interessieren, Herr Oberbürgermeister, welche Projekte jetzt aus der Änderungsvorlage dann entsprechend wo sich wiederfinden und ganz konkret, welche Projekte neben der Europa-Chaussee auch noch für den Nachtragshaushalt 2026 vorgesehen sind. Vielen Dank.

Herr Raue:

Herr Geier, bitte.

Herr Bürgermeister Geier:

Die beschlossene Vorlage vom März und die Vorlage hier, wenn sie beschlossen wird, wird abgeglichen und alles, was dann quasi in dem Finanzplanungszeitraum bis 2030 als Beginn vorgesehen ist, wird entsprechend berücksichtigt.

Herr Raue:

Okay, Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf:

Vielen Dank. Dann nochmal jetzt die Nachfrage zum Erklären für Juristen. Heißt das jetzt, also zum Beispiel das Thema Schultoiletten, wo wir ja gerade auch in der Einwohnerfragestunde nochmal gehört haben, dass das von Bedeutung ist, dass das sozusagen sofort unverzüglich dann losgehen würde mit dem Nachtragshaushalt 2026?

Herr Raue:

Herr Geier.

Herr Bürgermeister Geier:

Das würde wir dann im Prinzip linear verteilen nach Anforderung von der Frau Dr. Marquardt, also wie sie das sozusagen zeitlich eintakten kann.

Herr Raue:

Frau Müller.

Frau Müller:

Ich habe nur mal noch eine Frage. Jetzt gibt es ja hier einige gestrichene Projekte. Wie gesagt, ob die Fördermittel hier mal irgendwie kommen oder nicht. Also ich rede jetzt vorzugsweise von den Straßen, ob die Fördermittel mal kommen oder nicht. Das haben wir alles schon ausgeführt. Das sehen wir auch nochmal kritisch. Also weder bewilligt noch beantragt, noch eine Gesetzeslage ist da, aber das ist jetzt alles schon gesagt worden. Mich würde nur mal interessieren, also gut, Straßen muss man im Zweifelsfall nicht erklären, dass

sie nicht gemacht werden. Aber dem VfL zum Beispiel, dem sollte man ja schon mal was erklären. Also hier ist ein Verein, so das hier heute so beschlossen wird. Gibt es da einen Verein, der sich einfach mal, der besteht aus Menschen, aus Sportlerinnen und Sportlern, aus Mitgliedern und die haben sich vor zwei Wochen einfach mal auf einem Beschluss verlassen und dort auch eine Förderung erwartet. Wie erklären Sie bitte schön dem VfL Halle jetzt, dass das so nicht passiert? Wie gesagt, den gestrichen Straßen müssen Sie es nicht erklären, aber dem VfL schon. Und wie wollen Sie das tun und was stellen Sie dem VfL denn da jetzt in Aussicht, beziehungsweise was kann der VfL da jetzt erwarten? Vielen Dank.

Herr Raue:

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Ich bin im engen Austausch mit dem VfL schon einen Tag später, nachdem die neuerliche Beschlussvorlage ist und wir werden eine Alternative finden, Frau Müller, da können Sie mich beim Wort nehmen.

Frau Müller:

Gut, da verlange ich mal an der Stelle Wortprotokoll, bitte.

Herr Raue:

Für was? Für den letzten Satz?

Frau Müller:

Für den kurzen Dialog jetzt in Sachen VfL, danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Wir werden eine Alternative finden. Das möchte ich dann bitte auch auf Wortprotokoll haben.

Herr Raue:

War das jetzt im Mikro? Noch mal ins Mikro, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt:

Wir werden eine Alternative finden, Frau Müller, nochmal fürs Wortprotokoll, damit es ganz klar dargestellt ist.

Herr Raue:

Dann haben wir das echt auch. Gut, jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann nutzen wir jetzt mal die Chance und kommen zum Änderungsantrag 6.1.1 der SPD-Fraktion und stellen denen doch direkt mal zur Abstimmung. Welcher der Stadträte möchte diesem Änderungsantrag seine Stimme geben? Das sind zwei Stadträte. Gegenstimmen? Sechs. Stimmenthaltungen? Drei. Okay, dann kommen wir zur Abstimmung über den unveränderten Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung. Und da frage ich die Stadträte, wer stimmt diesem zu? Das sind fünf. Gegenstimmen? Fünf. Stimmenthaltungen? Eine. Genau, das sind elf. Dann hat das heute nicht gereicht. Das müssen wir der Stadtverwaltung leider so mitgeben. Gut.

Ende des Wortprotokolls

zu 6.1 **Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026 (Vorlagen-Nummer: VIII/2026/02213)
Vorlage: VIII/2026/02538**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den geänderten Maßnahmenplan „Investitionsprojekte der Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität“ gemäß Anlage 1.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, diese Investitionsprojekte bei der zuständigen Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt anzuzeigen und fortfolgend umzusetzen.

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) vom 25.03.2026
Vorlage: VIII/2026/02605**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 6 Nein / 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Änderungsbeschluss der Stadtverwaltung wird in Punkt 1 wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt den geänderten Maßnahmenplan „Investitionsprojekte der Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität“ gemäß Anlage 1 **mit der folgenden Änderung:**
Die Maßnahme „Klimaresiliente Neugestaltung des Marktplatzes (Wettbewerb, Brunnenanlage, Grüngestaltung“ mit der laufenden Nummer 25 wird mit einer Summe von 1.700.000 Millionen Euro in der Spalte „Eigenmittel (Sondervermögen)“ für den Umsetzungszeitraum 2026 – 2031 wieder aufgenommen. Die Deckung erfolgt aus den nicht verausgabten Mitteln aus dem Sondervermögen, die sich aus dem geänderten Maßnahmenplan ergeben.“

zu 6.2 **Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2025
Vorlage: VIII/2026/02466**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2025 entlastet.

**zu 6.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 ff. im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung – Fördermittel für Breitbandausbau im Halleschen Osten – Projektförderung durch Landesmittel (Bescheide vom 11.02.2026 / 03.12.2025)
Vorlage: VIII/2026/02476**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die Genehmigung von Aufwendungen im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung im Rahmen der Förderung des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2026 bis 2029 entsprechend des Änderungsbescheides vom 11.02.2026 zum Zuwendungsbescheid vom 03.12.2025 mit einem Gesamtvolumen von 1.151.672,11 Euro

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Aufwendung für das Haushaltsjahr 2026 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.57111 Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (HHPL Seite 180)
Sachkontengruppe 54* sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 691.003,27 EUR.

III. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung:

26_0_800 FB Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (HHPL Seite 182)
Finanzpositionsgruppe 74* sonstige Auszahlungen in Höhe von 691.003,27 EUR

Zu II.) Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.57111 Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (HHPL Seite 180)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 691.003,27 EUR

Zu III.) Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

26_0_800 FB Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (HHPL Seite 182)
Sachkontengruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 691.003,27
EUR

**zu 6.4 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Finanzen – IT & Digitale Verwaltung – Weiterleitung der Fördermittel vom Land an die Abteilung IT & Digitale Verwaltung zur Umsetzung der „Etablierung eines einheitlichen Projektmanagements für Digitalisierungsprojekte“ – Projektförderung durch Landesmittel Bescheid vom 02.01.2026
Vorlage: VIII/2026/02396**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2026 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.11161 IT und Digitale Verwaltung (HHPL Seite 196)
Sachkontengruppe 54* sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 120.000 EUR.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle in der Abteilung IT & Digitale Verwaltung:

26_IT_DV Abteilung IT und Digitale Verwaltung (HHPL Seite 201)
Finanzpositionsgruppe 74* sonstige Auszahlungen in Höhe von 120.000 EUR

Zu I.) Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.11161 IT und Digitale Verwaltung (HHPL Seite 196)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 120.000 EUR

Zu II.) Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

26_IT_DV Abteilung IT und Digitale Verwaltung (HHPL Seite 201)
Sachkontengruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 120.000 EUR

**zu 6.5 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Bildung – Betrieb von Kindertageseinrichtungen Umsetzung §12e KiFöG Bildungspauschale
Vorlage: VIII/2026/02504**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2026 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1097)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 1.482.240 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

26_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1101)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 1.482.240 EUR.

Zu I.) Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1097)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.482.240 EUR.

Zu II.) Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

26_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1101)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.482.240 EUR.

**zu 6.6 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Bildung – Betrieb von Kindertageseinrichtungen Umsetzung §12d KiFöG Demografiepauschale
Vorlage: VIII/2026/02505**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2026 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1097)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 491.695 EUR.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

26_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1101)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 491.695 EUR.

Zu I.) Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1097)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 491.695 EUR.

Zu II.) Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

26_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1101)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 491.695 EUR.

**zu 6.7 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt
und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2026 im Fachbereich Soziales – Umsetzung der
Organisationsverfügung Nr. 07/2025 Umorganisation des
Frauenschutzhauses
Vorlage: VIII/2026/02516**

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem Grund, warum die entsprechende Änderung nicht bereits im Dezember in den Änderungsdienst des Haushalts aufgenommen wurde.

Frau Brederlow erklärte dazu, dass die Inkraftsetzung der Organisationsverfügung zeitlich mit dem ursprünglichen Plan kollidierte und daher erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen konnte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2026 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.31562 Frauenschutzhaus (HHPL Seite ---)

Sachkontengruppe 50* Personalaufwendungen in Höhe von 363.100 EUR

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 99.928 EUR

Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 8.013 EUR.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Soziales:

26_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 886)

Finanzpositionsgruppe 70* Personalauszahlungen in Höhe von 363.100 EUR

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 99.928 EUR

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 8.013 EUR.

III. Die Genehmigung der außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen bedeutet keine Freigabe der entsprechenden Ansätze im Produkt 1.31562/ in der Finanzstelle 26_4_500. Gemäß § 104 KVG LSA in Verbindung mit dem Schreiben zur Vorläufigen Haushaltsführung 2026 vom 26.02.2026 sind im Rahmen der Bewirtschaftung entsprechende Freigabeanträge zu stellen.

Zu I.) Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.31560 Frauenschutzhaus (HHPL Seite 1056)

Sachkontengruppe 50* Personalaufwendungen in Höhe von 363.100 EUR

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 99.928 EUR

Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 8.013 EUR.

Zu II.) Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

26_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1101)

Finanzpositionsgruppe 70* Personalauszahlungen in Höhe von 363.100 EUR

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 99.928 EUR

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 8.013 EUR.

zu 6.8 Ermächtigung zur Darlehensaufnahme Vorlage: VIII/2026/02454

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2025 langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden konkreten Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

Nominalbetrag:	39.426.115,54 EUR
Aufnahmezeitpunkt:	bis zum 31.12.2026, längstens bis Genehmigung des Haushaltes 2027
Laufzeit:	20 Jahre
Zinsbindung:	10 Jahre

Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 4,00% p.a. nicht überschreiten.

zu 6.9 Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse Halle (Saale) Vorlage: VIII/2026/02386

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme eines Werbe- und Sponsoringvertrages der Saalesparkasse für die Laufzeit von 3 Jahren, von insgesamt 150.000 EUR netto, bei einer jährlichen Zahlung von 50.000 EUR netto und einer städtischen Gegenleistung zur Übertragung der Namensrechte an der Eissporthalle bis zum 30.09.2029.

(PSP – Element 1.42410.02 – Eissport, modulare Sporthalle)

zu 6.10 Vierte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/01232

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Vierte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale).

zu 6.11 Kommunaler Wärmeplan der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02203

Hierzu gab es keine Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

8 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Kommunalen Wärmeplan der Stadt Halle (Saale) gemäß den §§ 4, 15–20 des Wärmeplanungsgesetzes.

Der Kommunale Wärmeplan bildet ab dem Tag der Beschlussfassung die strategische Grundlage für eine treibhausgasneutrale, zukunftsfähige und effiziente Wärmeversorgung der Stadt. Er dient der Steuerung der städtischen Wärmeinfrastrukturentwicklung, der Ausweisung von Wärmeversorgungsgebieten sowie der Unterstützung privater und gewerblicher Investitionsentscheidungen.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

1. die im Wärmeplan dargestellten Maßnahmen, Prioritäten und Umsetzungsstrategien schrittweise umzusetzen,
2. die erforderliche Koordination mit der EVH GmbH, der Energie-Initiative Halle (Saale) und weiteren Akteuren sicherzustellen,
3. ein jährliches Monitoring gemäß § 25 Wärmeplanungsgesetz vorzulegen und den Stadtrat über wesentliche Fortschritte zu informieren,
4. den Wärmeplan turnusgemäß und anlassbezogen fortzuschreiben,
5. eine transparente Öffentlichkeitsarbeit und Beratung zur Wärmeplanung zu gewährleisten.

zu 6.12 Beschluss zur Verlängerung des Namensrechte- und Sponsoringvertrags sowie zur Kapazitätserweiterung und zum Einbau eines modernen Sportbodens in der SWH.arena
Vorlage: VIII/2025/02070

Herr Dr. Bergner äußerte grundsätzliche Zustimmung zu modernen Sportstätten, hinterfragte jedoch die Priorisierung angesichts der Haushaltslage. Er gab zu bedenken, dass Individualsportarten durch Bundesförderungen finanzielle Vorteile für die Stadt bringen, während der Aufstieg von Mannschaften in Bundesligen oft kostspielige Auflagen der Ligaverbände nach sich ziehe. Er kritisierte die geplante Erweiterung der SWH.arena für über zwei Millionen Euro als eine „Lex Handball“, da die Anforderungen für Basketball und Volleyball derzeit andere seien oder durch Ausweichspielstätten erfüllt werden können. Zudem äußerte er Zweifel an der Nachhaltigkeit der Investition angesichts des aktuellen Tabellenstandes der Handballerinnen und mahnte die Verantwortung gegenüber der Haushaltsplanung an.

Herr Siegel entgegnete, dass die Maßnahme den Ergebnishaushalt und nicht den Investhaushalt belastet, da die Stadt lediglich Pächterin der SWH.arena ist. Er betonte die

Bedeutung des Mannschaftssports für die Bevölkerung und die hohen Zuschauerzahlen. Bezüglich der Beihilfeproblematik erklärte er, dass durch die Erhebung von Vollkostenmieten keine beihilferechtlichen Bedenken mehr bestehen. Er korrigierte zudem Herrn Dr. Bergners Aussage: Langfristig ist für zwei Bundesligisten eine Kapazität von 1.500 Zuschauern gefordert, um Strafzahlungen zu vermeiden.

Herr Raabe erkundigte sich nach den konkreten Betriebskostenbeteiligungen der Vereine und ob sich deren Beteiligung nur auf den Sportboden oder auch auf die Kapazitätserweiterung bezieht. Zudem fragte er nach der Möglichkeit, die Umsetzung des Sportbodens strikt an eine Fördermittelzusage zu binden.

Herr Siegel erläuterte, dass die Investition in die Kapazitätserweiterung mittelbar über den Pachtzins und die Stundensätze auf alle gewerblichen Nutzer umgelegt wird. Er kündigte an, dass er den genauen Stundensatz im nicht öffentlichen Teil der Sitzung benennen wird. Hinsichtlich der Verbandspflichten berichtete er von Bemühungen auf Ministerebene, die steigenden Anforderungen zu begrenzen. Eine strikte Kopplung an Fördermittel hielt er für schwierig, da der Grundsatzbeschluss erst die Basis für die Kalkulation und den Förderantrag bildet; eine Verzögerung könnte zum Verlust eines Planungsjahres führen.

Frau Müller bat um eine Erläuterung der Ausführungen von Herrn Dr. Bergner zu Streaming-Diensten und hinterfragte die Schlussfolgerung, ob Halle demnach auf eine Erstliga-Mannschaft im Handball verzichten muss.

Herr Dr. Bergner antwortete darauf mit einem Vergleich zum Handballstandort Magdeburg, wo ein Erstligist durch Sponsoring und Vermarktung Überschüsse für den Breitensport erwirtschaften kann. Er stellte fest, dass die professionellen Teams in Halle derzeit nicht in der Lage sind, eine solche Querfinanzierung zu leisten. Zwar wünschte er sich eine andere Situation, forderte jedoch eine sportpolitische Diskussion über tragfähige Strukturen und betonte, dass seine Stimmenthaltung aus der Abwägung zwischen sportlichen Ansprüchen und der finanziellen Realität resultiert.

Herr Siegel verwies abschließend auf die zunehmende „Eventisierung“ des Sports, die eine entsprechende Infrastruktur erfordert. Die SWH.arena benötigt ihre Ankermieter aus dem Profibereich, um wirtschaftlich betrieben werden zu können. Er sah insbesondere im Volleyball und in der Entwicklung des Frauensports langfristiges Potenzial für wirtschaftliche Stabilität und Rückflüsse in den Nachwuchsbereich.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

6 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Vorbehaltlich einer Verlängerung des Pachtvertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Bäder Halle GmbH (BHG) über die Nutzung der SWH.arena bis zum 31.12.2030 stimmt der Stadtrat der Erweiterung der Zuschauerkapazität auf mindestens 1.500 Zuschauerplätze in der SWH.arena und der damit verbundenen Pachtzinserhöhung zu. Der Beschluss steht unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2026.
2. Vorbehaltlich einer Verlängerung des Pachtvertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Bäder Halle GmbH (BHG) über die Nutzung der SWH.arena bis zum 31.12.2030 und unter der Voraussetzung der Zustimmung zu Punkt 1 stimmt der

Stadtrat dem Einbau eines modernen Glassportbodens in der SWH.arena und der damit verbundenen Pachtzinserhöhung zu. Der Beschluss steht unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2026.

3. Der Stadtrat stimmt der Verlängerung des Namensrechte- und Sponsoringvertrags mit der Stadtwerke Halle GmbH zur Übertragung der Namensrechte an der SWH.arena zu unveränderten finanziellen Konditionen ab dem 01.07.2026 bis zum 31.12.2030 zu.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017 Vorlage: VIII/2025/02052

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Freiraumkonzept (VII/2019/00017) auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die in diesem Zusammenhang geschaffenen Strukturen und Maßnahmen so schnell wie möglich zu beenden bzw. rückabzuwickeln.
3. Ab dem Haushaltsplan 2028 sieht die Verwaltung den Haushaltsposten 1.28102.11 „Freiraumagentur“ (55.000€ jährlich) nicht mehr in ihrem Entwurf zum Haushaltsplan vor.

zu 7.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union (KITU) Vorlage: VIII/2026/02265

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob eine Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union eG (KITU) sinnvoll und wirtschaftlich ist.
2. darzustellen, welche IT-Fachverfahren und Leistungen perspektivisch über die KITU übernommen bzw. ausgelagert werden könnten und welche Entlastung dies für die städtische IT-Struktur bedeuten würde.
3. zu prüfen, inwiefern eine KITU-Mitgliedschaft zur strategischen Weiterentwicklung der städtischen IT – insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, Smart City und IT-Sicherheit – beitragen kann.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Controllingbericht mit Stand 31.03.2026** **Vorlage: VIII/2026/02604**

Herr Dr. Meerheim hinterfragte die Differenzen zwischen der Ergebnis- und der Finanzrechnung bei der Gewerbesteuer. Er wollte wissen, wie diese Unterschiede zustande kommen und in welches Jahr Zahlungsflüsse gebucht werden, die zeitversetzt zur Bescheiderstellung eingehen.

Frau Wolff erklärte, dass im Ergebnishaushalt eine periodengerechte Zuordnung erfolgt. So werden beispielsweise bei der Grundsteuer zu Jahresbeginn alle Erträge per Bescheid angeordnet und im Ergebnishaushalt erfasst, unabhängig von ihrer Fälligkeit. Die Finanzrechnung hingegen bildet lediglich den tatsächlichen Geldfluss ab. Differenzen entstehen somit dadurch, dass Forderungen zwar bereits gebucht, aber noch nicht zahlungswirksam geworden sind.

Herr Dr. Meerheim merkte dazu an, dass dies im Umkehrschluss bedeutet, dass Zahlungen aus dem Vorjahr das Ergebnis der Finanzrechnung des aktuellen Jahres positiv beeinflussen können. Des Weiteren thematisierte er die Finanzierungstätigkeit und stellte fest, dass durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 68 Millionen Euro das Ergebnis gegenüber der Planung verbessert worden ist. Er äußerte die Vermutung, dass mehr Kredite aufgenommen wurden, als zur Sicherung der Liquidität notwendig gewesen sind, da die Finanzrechnung im Gegensatz zur Planung ein positives Ergebnis ausweist.

Frau Wolff stellte klar, dass der Betrag von 68 Millionen Euro das Anwachsen des gesamten Liquiditätskreditvolumens darstellt, da in diesem Umfang mehr Kredite aufgenommen als getilgt wurden. Sie bot an, die Positionen nochmals detailliert aufzuschlüsseln, da darin auch Umschuldungen und Tilgungen von Investitionskrediten enthalten sein könnten.

Herr Raue bat Herr Dr. Meerheim darum, detaillierte Fragen nach der Sitzung im Gespräch mit Frau Wolff zu klären.

zu 9 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Anfrage des Stadtrates Herrn Dr. Bergner zum Haushaltsbeschluss**

Herr Dr. Bergner erinnerte an den Haushaltsbeschluss vom 25.03.2026, der die Einleitung einer Kommunalverfassungsbeschwerde vorsieht. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Umsetzung sowie nach den voraussichtlichen Kosten für dieses Verfahren, welches er persönlich als nicht sinnvoll bewertet.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf eine schriftliche Anfrage der Fraktion Die Linke für den kommenden Stadtrat. Die Informationen zum Sachstand sind im Rahmen der Beantwortung ab Freitag, 24.04.2026 einsehbar.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Herrn Feigl zum Haushaltsbeschluss

Herr Feigl erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Haushaltsprüfung durch das Landesverwaltungsamt, da in der Presse der 04.05.2026 als möglicher Termin genannt wurde. Er fragte, ob es bereits eine Zwischeneinschätzung oder Signale zum Ergebnis gibt.

Herr Bürgermeister Geier verneinte dies und erklärte, dass es trotz der verbleibenden zwei Wochen bis zum genannten Termin noch keine Rückmeldung der Behörde gibt.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Herrn Raabe zum Tätigkeitsbericht der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung

Herr Raabe erkundigte sich nach dem Verbleib eines Tätigkeitsberichts zur Stabsstelle Haushaltskonsolidierung, der in der vorletzten Sitzung durch Herrn Kehr wieder erbeten wurde.

Herr Bürgermeister Geier sicherte zu, dass das Anliegen durch die Protokollführung ordnungsgemäß erfasst und an die zuständige Stelle im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters weitergeleitet wurde. Er kündigte an, dass die entsprechende Rückmeldung zur Arbeit der Stabsstelle von dort erfolgen wird.

zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Herrn Raabe zum Haushaltsbeschluss

Herr Raabe bat um nähere Informationen zum zeitlichen Ablauf der Haushaltsprüfung. Er erkundigte sich nach möglichen Verzögerungen bei der Übermittlung der Unterlagen an das Landesverwaltungsamt sowie nach den dortigen Bearbeitungsschritten, um mehr Transparenz über den bisherigen Prozess zu erhalten.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf eine bereits beantwortete Anfrage der Fraktion zu diesem Thema, die im System einsehbar ist. Er ergänzte, dass es bei der Vorlage des Haushalts keinerlei zeitliche Verzögerungen gegeben hat.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Lisa Leluk
Protokollführerin